

## **WARUM WIR STREIKEN**

Über zwei Jahre lang haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – GEW, ver.di und GdP mit den staatlichen Arbeitgebern – Bund, Länder und Gemeinden – über ein einheitliches Tarifrecht verhandelt. Im September 2005 haben die Gewerkschaften mit Bund und Kommunen einen Abschluss erzielt. Dabei sind die Gewerkschaften viele Kompromisse eingegangen. Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst verzichten für drei Jahre auf Tariflohnsteigerungen. Um die 38,5-Stunden-Woche zu erhalten, haben sie sich auf sehr arbeitgeberfreundliche Regelungen zur Überstundenverrechnung eingelassen.

***Und der Dank der kommunalen Arbeitgeber? Sie wollen die 40-Stunden-Woche wieder einführen! Ohne Lohnausgleich!***

Allein in Niedersachsen gehen Schätzungen zufolge durch die Arbeitszeitverlängerung **mindestens 5.000 Stellen** verloren. Und das bei bundesweit 5 Mio. Arbeitslosen!

***1½ Stunden Mehrarbeit pro Woche =***

***66 Stunden mehr pro Jahr***

***= 4 % länger arbeiten***

***= jeder 25. Arbeitsplatz in Gefahr!***

Im Öffentliche Dienst arbeiten 28 Prozent der Beschäftigten in Teilzeit. Für Teilzeitbeschäftigte mit gleichbleibenden Arbeitsstunden, überwiegend Frauen, bedeutet die Einführung der 40-Stunden-Woche eine Gehaltskürzung um rd. vier Prozent!

***Die Länder zerschlagen den Flächentarif im öffentlichen Dienst***

Den neu verhandelten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, den die Gewerkschaften mit Bund und Kommunen vereinbart haben, wollen die Bundesländer nicht übernehmen. Bei den Beamtinnen und Beamten hat das Land Niedersachsen gezeigt, was die Arbeitgeber wollen: Arbeitszeit verlängern, Urlaubs- und Weihnachtsgeld streichen, ganz nach Kassenlage und politischer Stimmung.

***Es geht nicht um 18 Minuten täglich ( Möllring) , es geht den Arbeitgebern darum die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen einseitig diktieren zu können. Sie wollen den Ausstieg aus Tarifverhandlungen!***

Auch bei den Angestellten versuchen sei es nach Gutsherrenart: Die Tarifverträge zu Arbeitszeit und Sonderzahlungen haben die Bundesländer schon gekündigt. Neu eingestellte Angestellte müssen deshalb jetzt schon länger arbeiten – ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld. Das betrifft nicht wenige: Der Öffentliche Dienst hat von allen Branchen mit über 10 Prozent die meisten befristet Beschäftigten. Wer einen neuen Vertrag erhalten will, muss sich den vom Arbeitgeber diktierten Bedingungen beugen. Gleiches gilt bei Beförderungen. Deshalb kämpfen wir dafür, dass die Bundesländer dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst beitreten.

***Gegen Arbeitszeitverlängerung und Gehaltskürzung–***

***für ein einheitliches Tarifrecht im öffentlichen Dienst.***